

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	IX
Im Einzelnen haben bearbeitet:	X
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXV
Literaturverzeichnis	XLI

A. Überblick über die Entwicklung der Versammlungsfreiheit

I. Deutsche Entwicklung	2
II. Internationale und Europäische Entwicklungslinien	16

B. Die Versammlungsfreiheit

I. Verfassungsrechtliche Gewährleistung im Bund	29
II. Verfassungsrechtliche Gewährleistung in den Ländern	76

C. Internationale und Europäische Gewährleistungen

I. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Art. 21)	88
II. Europäische Menschenrechtskonvention (Art. 11)	96
III. Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Art. 12)	116
IV. Sonstige unionsrechtliche Gewährleistungen	124
V. Kompetenzverteilung Europäische Union/Bund/Länder bei der Gesetzgebung	127

D. Die bundesgesetzliche Ausgestaltung des Versammlungsrechts

I. Das Versammlungsgesetz des Bundes	131
II. Der Regelungsgegenstand des Versammlungsgesetzes	134
III. Die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit durch das Versammlungsgesetz ...	159
IV. Die Rechtsstellung der Beteiligten am Versammlungsgeschehen	164

E. Ausgestaltung der Versammlungsfreiheit im Landesrecht

I. Landesversammlungsgesetze	177
II. Besonderheiten	194
III. Ausblick	196

F. Versammlungsrechtliche Pflichten und Verbote

I. Anmeldung	197
II. Kooperationsgebot	205
III. Uniformierungsverbot	210
IV. Waffenverbot	212
V. Verbot von Schutzwaffen und Vermummung	214
VI. Störungsverbot	216

XI

Inhaltsübersicht

G. Eingriffsbefugnisse

I. Allgemeines	217
II. Normen und Systematik	219
III. Behördliche Befugnisse (Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel)	219
IV. Behördliche Befugnisse (Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen)	289
V. Eingriffsbefugnisse gegenüber nicht-öffentlichen Versammlungen	297

H. Gerichtlicher Rechtsschutz

I. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	300
II. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	323
III. Europäischer und Internationaler Rechtsschutz	336

I. Versammlungsstrafrecht

I. Ausgestaltung und gesetzgeberische Intention	346
II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Versammlungsteilnehmers und außenstehender Dritter (Versammlungsgesetz des Bundes)	351
III. Besondere strafrechtliche Verantwortlichkeit des Versammlungsleiters und des Veranstalters	388
IV. Ordnungswidrigkeiten	397
V. Nebenfolgen der Tat	401
VI. Landesrechtliche Regelungen	401
Sachregister	405

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	IX
Im Einzelnen haben bearbeitet:	X
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXV
Literaturverzeichnis	XLI

A. Überblick über die Entwicklung der Versammlungsfreiheit

I. Deutsche Entwicklung	2
1. Anfänge einer Versammlungsfreiheit	3
2. Frühe Konflikte und Kodifikationen	5
a) Paulskirchenverfassung	6
b) Zwischen Paulskirche und Kaiserreich	7
c) Kaiserreich	8
d) Weimarer Reichsverfassung	10
3. Drittes Reich	11
4. Neubeginn ab 1945	12
5. Genese des Art. 8 GG	14
6. DDR	14
7. Verfassungen der Neuen Länder ab 1990	15
II. Internationale und Europäische Entwicklungslinien	16
1. Vorgeschichte	16
a) Anglo-amerikanische Vorläufer	16
b) Französisch-belgische Vorläufer	17
2. Vereinte Nationen und Europarat	19
3. Europäische Union	22
a) Gemeinschaftsgrundrechte als Allgemeine Rechtsgrundsätze	22
b) Spruchpraxis zur Versammlungsfreiheit	22
c) Grundrechtecharta	24

B. Die Versammlungsfreiheit

I. Verfassungsrechtliche Gewährleistung im Bund	29
1. Gravitationszentrum der Versammlungsfreiheit: Das Recht auf freie politische Rede als Ausprägung der freien Persönlichkeitsentfaltung	29
2. Auslegungsleitlinien: Hoher Rang – Schutz von Minderheiten – Entwicklungsfähigkeit des Grundrechts	31
3. Gewährleistungsgehalt des Art. 8 Abs. 1 GG	32
a) Versammlungsbegriff: Ausrichtung auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung	32
b) Allgemeines zum inhaltlichen Gewährleistungsumfang	34
c) Friedlichkeit	36
d) Demonstrative Blockaden und selbsthilfefähnliche Durchsetzung von Forderungen	37
e) Waffenlosigkeit	37

Inhaltsverzeichnis

f) Ortswahlfreiheit und öffentliches Forum („public forum“)	38
g) Verhinderungsabsicht und kritische Beteiligungsteilnahme	40
h) Grundrechtsträger	40
i) Verhältnis zu anderen Grundrechten	41
4. Eingriffe in die Beteiligungsfreiheit	42
a) Eingriffsbegriff Eingriff im herkömmlichen Sinn und „funktionales Äquivalent“	42
b) Beteiligungsfreiheitliche Verfügungen – Sanktionen und Gebühren	42
c) Zivilrechtliche Beteiligungsfreiheitsverbote öffentlich beherrschter Unternehmen und ihre gerichtliche Bestätigung als Eingriffe (Fraport-Urteil)	42
d) Faktische Verdrängung, Informationserhebungen, „Gefährderansprache“, Durchsuchungen und Identitätsfeststellungen	43
5. Rechtfertigung von Eingriffen: Schranken-systematik	44
a) Allgemeine Schranken-anforderungen und ihre Konkretisierung durch Eingriffsschwellen	44
b) Schutz kollidierenden Verfassungsrechts als besondere Anforderung in geschlossenen Räumen: Ausschluss von Schrankenübertragungen	45
c) Keine Berührung der Beteiligungsfreiheit durch Konkretisierungen inhaltsbezogener Äußerungsverbote in geschlossenen Versammlungen	45
d) Versammlung „unter freiem Himmel“ – Definition	46
6. Rechtfertigung von Eingriffen bei Versammlungen unter freiem Himmel	46
a) Anmeldefreiheit und Erlaubnisfreiheit („ohne Anmeldung oder Erlaubnis“)	46
b) Anmeldefreiheit: Spontan- und Eilversammlungen	46
c) Erlaubnisfreiheit: Bannmeilen – kommunikativer Gemeingebrauch – öffentliche Foren in Privateigentum	47
d) Verbote und Auflösungen: Eingriffsschwelle der unmittelbaren Gefährdung wichtiger, im Wesentlichen nur elementarer Rechtsgüter	48
e) Verbote und Auflösungen: Konkretisierung der Schwelle wichtiger Rechtsgüter	50
f) „Auflagen“: Eingriffsschwelle der unmittelbaren Gefährdung gleichwertiger Rechtsgüter	51
g) Vorrang der Auflösung vor dem Verbot – Vorrang von Ausschlüssen und Auflagen vor Verbot und Auflösung	52
h) Ausschluss einzelner Teilnehmer	52
i) Verbot, Auflösung oder Ausschluss als Voraussetzung teilnahmeverhindernder Maßnahmen – „Polizeirechtsfestigkeit“ der Versammlung und „Minusmaßnahmen“	52
j) Demonstrative Blockaden	54
k) Gegendemonstrationen und „Verhinderungsblockaden“: Vorrang der Ausgangsdemonstration	54
l) Anreisebehinderungen, Kontrollstellen und Durchsuchungen	56
m) Ortswahlfreiheit und Flächenverbote	56
n) Öffentliche Foren	57
o) Veranstalterpflicht und Leiterpflicht	57
p) Vermummung	58
q) Schutzausrüstung („Schutzwaffen“)	58
r) Beobachtung und Registrierung – Einschüchterungswirkungen („chilling effects“)	59
7. Rechtfertigung von Eingriffen bei Versammlungen in geschlossenen Räumen	60

8. Fortwirkungen des grundrechtlichen Abwehrrechts auch nach einem Wegfall des Teilnahmeschutzes	60
a) Begrenzte Wirkung rechtmäßiger Verbots-, Auflösungs- oder Ausschlussverfügungen oder des Unfriedlichwerdens einer Versammlung	60
b) Rechtmäßigkeit versammlungsrechtlicher Verfügungen als Voraussetzung für Sanktionen (Rechtmäßigkeitszusammenhang)	61
c) Kostenfreiheit der Grundrechtsausübung und dadurch veranlasster Amtshandlungen	62
9. Schutz und Gewährleistung	63
a) Versammlungsrecht als Freiheitsermöglichungsrecht – Ausstrahlungswirkung	63
b) Kooperationspflicht der Behörden – Kooperationsvorteile für die Grundrechtsträger	63
c) Organisation und Verfahren: Versammlungsfreundlichkeit – Hinauszögerungsverbot – Ankündigungspflichten	64
d) Öffentliche Leistungen und Nutzungsüberlassungen – Kontrahierungszwang	65
10. Anforderungen an verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutz (Art. 8 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 19 Abs. 4 GG)	65
a) Eilrechtsschutz	65
b) Fortsetzungsfeststellungsinteresse	65
11. Inhaltsbezogene Beschränkungen – Verhältnis von Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit	66
a) Grenzen für Meinungsinhalte nur aus Art. 5 Abs. 2 GG	66
b) Trennungsmodell (Doppelwirkung) statt Schrankenleihe für inhaltsbezogene Beschränkungen	66
c) Öffentliche Ordnung, öffentlicher Friede und inhaltsbezogene Beschränkungen	68
d) Versammlungen an Gedenktagen oder Orten mit eindeutiger historischer Symbolkraft	70
e) Militanzverbote und Uniformverbote	72
f) Sonderrechtsverbot als Verbot der Standpunktdiskriminierung	73
g) Kollidierendes Verfassungsrecht	74
h) Streitbare Demokratie und Kritik an der Verfassung	75
II. Verfassungsrechtliche Gewährleistung in den Ländern	76
1. Regelungen in den 16 Landesverfassungen	76
2. Zum Verhältnis von Bundes- und Landesgrundrechten	78
3. Übereinstimmungen und Abweichungen	79
a) Kongruenzen mit dem Grundgesetz	79
b) Divergenzen mit dem Grundgesetz	80
4. Grundrechtsträger	80
5. Sich versammeln	81
6. Versammlungen und Demonstrationen	81
7. Friedlichkeit und Waffenlosigkeit	82
8. Versammlungszweck	82
9. Erlaubnisfreiheit	82
10. Ohne Anmeldung	83
11. Anmeldepflicht	83
12. Grundrechtsschranken	83
13. Ergebnis	84

C. Internationale und Europäische Gewährleistungen

I. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Art. 21)	88
1. Allgemeines	88
a) Bedeutung der Versammlungsfreiheit des Art. 21 IPbPR für die deutsche Rechtsordnung	88
b) Funktion und Rechtscharakter	89
2. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	89
a) Versammlung	89
b) Friedlichkeit der Versammlung	91
c) Geschütztes Verhalten	92
d) Persönlicher Schutzbereich	92
e) Gewährleistungsdimensionen	92
3. Eingriffe in den Schutzbereich	93
4. Schrankensystematik	93
a) Schranken	93
b) Schranken-Schranken	95
5. Korrespondenzverbürgungen	95
II. Europäische Menschenrechtskonvention (Art. 11)	96
1. Allgemeines	96
a) Bedeutung der Versammlungsfreiheit des Art. 11 EMRK für die deutsche Rechtsordnung	96
b) Kommunikationsfreiheit	99
c) Rechtscharakter	100
2. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	101
a) Versammlung	101
b) Friedlichkeit der Versammlung	104
c) Ungeschriebene Schutzbereichsbegrenzung: Anmeldepflichten und Genehmigungserfordernisse für Versammlungen auf öffentlichen Straßen	105
d) Geschütztes Verhalten	106
e) Persönlicher Schutzbereich	106
f) Gewährleistungsdimensionen	107
3. Eingriffe in den Schutzbereich	108
4. Schrankensystematik	108
a) Schranken	108
b) Schranken-Schranken	112
5. Korrespondenzverbürgungen	114
a) Meinungsfreiheit	114
b) Religionsfreiheit	115
c) Vereinigungsfreiheit	115
d) Freizügigkeit	115
III. Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Art. 12)	116
1. Allgemeines	116
a) Inhaltsbestimmung	116
b) Funktion und Rechtscharakter	117
2. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	118
a) Versammlung	118
b) Friedlichkeit der Versammlung	119
c) Geschütztes Verhalten	120
d) Persönlicher Schutzbereich	120
e) Gewährleistungsdimensionen	121
3. Eingriffe in den Schutzbereich	121

4. Rechtfertigung	122
a) Schranken	122
b) Schranken-Schranken	123
5. Korrespondenzverbürgungen	123
IV. Sonstige unionsrechtliche Gewährleistungen	124
1. Grundrechtsfindung	124
2. Versammlungsfreiheit als ungeschriebenes Unionsgrundrecht aus der Rechtsquelle des Art. 6 Abs. 3 EUV	125
3. Anwendungsbereich der ungeschriebenen Versammlungsfreiheit	126
V. Kompetenzverteilung Europäische Union/Bund/Länder bei der Gesetzgebung	127
 D. Die bundesgesetzliche Ausgestaltung des Versammlungsrechts	
I. Das Versammlungsgesetz des Bundes	131
1. Gesetzgebungskompetenz	132
2. Übersicht über Aufbau und Regelungen des Versammlungsgesetzes	133
II. Der Regelungsgegenstand des Versammlungsgesetzes	134
1. Bestandsaufnahme zu den Begrifflichkeiten des Versammlungsgesetzes	134
2. Wesensmerkmale einer Versammlung im Sinne des Versammlungsgesetzes ...	137
a) Freiwillige Zusammenkunft mehrerer Personen am Versammlungsort	138
b) Dauer	139
c) Stationäre Zusammenkunft	139
d) Verbindender Zweck	140
e) Die Abgrenzung zur Nicht-Versammlung, insbesondere bei „gemischten“ Veranstaltungen	142
f) Vergleich mit dem Versammlungsbegriff des Grundgesetzes	150
3. Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen	151
4. Öffentliche und nicht-öffentliche Versammlungen	152
5. Lang- und kurzfristig geplante und spontane Versammlungen	154
6. Aufzüge	155
7. Demonstrationen	157
8. Vorfeld und Nachwirkung des Versammlungsgeschehens	158
9. Sonstige Veranstaltungen im Sinne des Versammlungsgesetzes	158
III. Die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit durch das Versammlungsgesetz ...	159
1. Freie Wahl des Ortes	159
a) Nutzung öffentlicher Flächen	160
b) Bannmeilen / Befriedete Bezirke	161
c) Geschützte Orte	161
d) Nutzung privater Flächen	161
e) Konkurrierende Veranstaltungen	162
2. Freie Wahl der Zeit	162
3. Freie Wahl der Gestaltung	163
IV. Die Rechtsstellung der Beteiligten am Versammlungsgeschehen	164
1. Veranstalter, Anmelder	165
2. Leiter	166
3. Ordner	167
4. Teilnehmer	168
5. Versammlungsbehörde	169
6. Polizei	173
7. Medienvertreter	174

Inhaltsverzeichnis

E. Ausgestaltung der Versammlungsfreiheit im Landesrecht

I. Landesversammlungsgesetze	177
1. Musterentwurf (ME VersG)	178
2. Landesrechtliche Regelungen	180
a) Baden-Württemberg	180
b) Bayern	181
c) Berlin	184
d) Brandenburg	185
e) Bremen	186
f) Hamburg	186
g) Hessen	187
h) Mecklenburg-Vorpommern	187
i) Niedersachsen	187
j) Nordrhein-Westfalen	188
k) Rheinland-Pfalz	189
l) Saarland	189
m) Sachsen	189
n) Sachsen-Anhalt	191
o) Schleswig-Holstein	192
p) Thüringen	194
II. Besonderheiten	194
1. Einzelersetzungsbefugnis	195
2. Übersichtlichkeit der Rechtslage	195
3. Förderative Abstimmung	195
III. Ausblick	196

F. Versammlungsrechtliche Pflichten und Verbote

I. Anmeldung	197
1. Anmeldepflicht	197
a) Zweck und Rechtsnatur	197
b) Verpflichteter	199
2. Anmeldeverfahren	200
a) Frist und Form	200
b) Anmeldeangaben	201
c) Behördliche Zuständigkeit	203
3. Unterlassen der Anmeldung/Anzeige	203
4. Ausnahmen: Spontan- und Eilversammlung	204
II. Kooperationsgebot	205
1. Inhalt allgemein	205
a) Pflichten der Behörde	205
b) Mitwirkung des Veranstalters der Versammlung	208
c) Weitere Beteiligte	209
2. Spezielle Kooperationsverpflichtungen	209
a) Kooperationsobliegenheiten	209
b) Kooperationspflichten	209
III. Uniformierungsverbot	210
IV. Waffenverbot	212
V. Verbot von Schutzwaffen und Vermummung	214
1. Schutzwaffen	214
2. Vermummung	215
3. Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten	215
4. Anordnungen	216

VI. Störungsverbot	216
G. Eingriffsbefugnisse	
I. Allgemeines	217
II. Normen und Systematik	219
III. Behördliche Befugnisse (Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel)	219
1. Überblick	219
2. Verbot, Auflage und Beschränkungen	220
3. Eingriffsvoraussetzungen	220
a) Anwendbarkeit des VersG	220
aa) Maßnahmen im Vorfeld bzw. im Nachgang	221
bb) Versammlungsspezifische Gefahren	224
cc) Maßnahmen gegen Einzelne während der Versammlung	225
dd) Maßnahmen gegen Dritte	228
b) Anwendbares Versammlungsrecht	228
c) Tatbestand	229
aa) Öffentliche Sicherheit	229
bb) Öffentliche Ordnung	241
cc) Gefahr	244
dd) Adressat	251
4. Rechtsfolgen	260
a) Ermessen	260
b) Verbot	261
c) Auflage/Beschränkungen	263
aa) Allgemeines	263
bb) Formelle Fragen	264
cc) Mögliche Inhalte	265
d) Auflösung	271
5. Handlungsform und Verfahren	275
a) Verwaltungsakt	275
b) Allgemeinverfügung	276
c) Anhörung	277
d) Sofortvollzug	278
6. Weitere Maßnahmen und Befugnisse	279
a) Ausschluss einzelner Versammlungsteilnehmer	279
b) Bild- und Tonaufzeichnungen	280
c) Warnung vor Demonstrationen	284
d) Gebühren und Kosten	286
e) Versammlungsbestätigung	287
f) Anwesenheit von Polizeibeamten	289
IV. Behördliche Befugnisse (Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen)	289
1. Allgemeines	289
2. Eingriffsbefugnisse	290
a) Anwendungsbereich	291
b) Voraussetzungen	292
c) Verantwortlicher	295
d) Rechtsfolgen	295
e) Länderspezifische Besonderheiten	296
f) Formelle Fragen	297
V. Eingriffsbefugnisse gegenüber nicht-öffentlichen Versammlungen	297

H. Gerichtlicher Rechtsschutz

I. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	300
1. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen	300
a) Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	300
aa) Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	300
bb) Nichtverfassungsrechtlicher Art	301
cc) Keine anderweitige Zuweisung des Rechtsstreits	301
b) Sachliche Zuständigkeit des Gerichts	302
c) Örtliche Zuständigkeit des Gerichts	302
d) Verfahrensbeteiligte	304
e) Beteiligten- und Prozessfähigkeit	305
f) Postulationsfähigkeit, Vertretung der Beteiligten	305
g) Prozessführungsbefugnis und Prozessstandschaft	306
h) Ordnungsgemäße Klage-/Antragserhebung	306
i) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	307
j) Anderweitige Rechtshängigkeit	307
k) Entgegenstehende Rechtskraft	308
2. Verwaltungsgerichtlicher Hauptsachenrechtsschutz	308
a) Gestaltungs- und Leistungsklagen	308
aa) Anfechtungsklage	308
bb) Verpflichtungsklage	309
cc) Allgemeine Leistungsklage	309
b) Feststellungsklagen	310
aa) Fortsetzungsfeststellungsklage	310
bb) Allgemeine Feststellungsklage	311
c) Klagebefugnis	311
d) Feststellungsinteresse	312
aa) Feststellungsinteresse bei der Fortsetzungsfeststellungsklage	312
bb) Allgemeines Feststellungsinteresse	314
e) Vorverfahren	314
f) Klagefrist	315
g) Aktiv- und Passivlegitimation	315
h) Begründetheit der Klage	315
3. Verwaltungsgerichtlicher Eilrechtsschutz	316
a) Aussetzungsantrag, § 80 Abs. 5 VwGO	316
aa) Verfahrensgegenstand, statthafte Antragsart	316
bb) Antragsbefugnis	317
cc) Rechtsschutzbedürfnis	317
dd) Aussetzungsantrag an die Behörde	318
ee) Begründetheit	318
ff) Form der Entscheidung	320
b) Einstweilige Anordnung § 123 VwGO	320
aa) Antragsgegenstand	320
bb) Anordnungsanspruch	321
cc) Anordnungsgrund	321
dd) Rechtsfolge	321
4. Rechtsmittel	322
a) Rechtsmittel im Hauptsacheverfahren	322
b) Rechtsmittel im Eilverfahren	323
c) Vertretungszwang	323

II. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	323
1. Bundesebene	323
a) Gewährleistung der Versammlungsfreiheit durch das Bundesverfassungsgericht im System der Gewaltengliederung: Verhältnis zu Gesetzgeber und Fachgerichten	323
b) Rechtsschutz im Hauptsacheverfahren: Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	324
c) Rechtsschutz im Hauptsacheverfahren: Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	325
d) Eilrechtsschutz gemäß § 32 BVerfGG bei Versammlungsverboten: Prüfung offensichtlicher Grundrechtsverstöße	327
e) Eilrechtsschutz gegen versammlungsrechtliche „Auflagen“	328
f) Bindungswirkung von Entscheidungen im Eilverfahren	329
g) Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts als Präjudizien – Bindungswirkung tragender Gründe und der präjudizielle Wert von obiter dicta	329
h) Kammerentscheidungen und ihr präjudizieller Wert	331
2. Landesebene	332
a) Einführung	332
b) Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern	332
c) Die Versammlungsfreiheit in der Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte	332
aa) Länder mit fehlender Rechtsprechung	333
bb) Länder mit vorhandener Rechtsprechung	333
d) Zusammenfassung	335
aa) Das Schrifttum	335
bb) Fazit	335
III. Europäischer und Internationaler Rechtsschutz	336
1. Rechtsschutz vor EGMR und MRA	336
a) Allgemeines	336
b) Entscheidung und Verfahren	336
c) Zulässigkeit von Individualbeschwerden	338
2. Rechtsschutz im Unionsrecht	342
a) Rechtsschutz gegenüber EU-Organen	342
b) Rechtsschutz gegenüber Mitgliedstaaten	343

I. Versammlungsstrafrecht

I. Ausgestaltung und gesetzgeberische Intention	346
1. Nebenstrafrechtliche Systematik	346
2. Geltung allgemeiner Vorschriften	347
a) Täterschaft	347
b) Teilnahme	347
c) Versuch	348
d) Vorsatz	348
e) Irrtum	348
f) Rechtfertigungsgründe	348
g) Schuld	349
h) Konkurrenzen	349
i) Strafraum	349
j) Strafzumessung	349
k) Verjährung	350

Inhaltsverzeichnis

II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Versammlungsteilnehmers und außenstehender Dritter (Versammlungsgesetz des Bundes)	351
1. Strafrechtliche Vorschriften zum Schutz der Versammlungsdurchführung	351
a) § 21 VersG (Vereitelung von Versammlungen und Aufzügen)	351
aa) Systematik	351
bb) Tatbestandsvoraussetzungen	352
cc) Konkurrenzen	357
b) § 22 VersG (Widerstand gegen Versammlungsleiter und Ordner)	357
aa) Systematik	358
bb) Tatbestandsvoraussetzungen	358
cc) Rechtswidrigkeit	363
dd) Konkurrenzen	363
2. Strafrechtlicher Schutz ordnungsrechtlicher Verfügungen (§ 23 VersG)	363
a) Systematik	364
b) Tatbestandsvoraussetzungen	365
aa) Auffordern	365
bb) Öffentliche Aufforderung	366
cc) Verbreiten von Schriften	367
dd) Teilnahme an einer verbotenen Versammlung	367
ee) Rechtmäßigkeit der Verbotsverfügung	368
ff) Vorsatz	368
c) Konkurrenzen	368
3. Strafrechtlicher Schutz der öffentlichen und individuellen Sicherheit	369
a) § 27 VersG (Bewaffnungs- und Vermummungsverbot)	369
aa) Systematik	369
bb) Strafbarkeit des Waffenführens (§ 27 Abs. 1 VersG)	370
cc) Strafbarkeit der Schutzbewaffnung (§ 27 Abs. 2 Nr. 1 VersG)	377
dd) Strafbarkeit der Vermummung (§ 27 Abs. 2 Nr. 2 VersG)	380
ee) Strafbarkeit der Zusammenrottung (§ 27 Abs. 2 Nr. 3 VersG)	383
ff) Nebenfolgen	385
gg) Konkurrenzen	385
b) § 28 VersG (Verstoß gegen das Uniformierungsverbot)	385
aa) Systematik	386
bb) Tatbestandsvoraussetzungen	386
cc) Nebenfolgen	387
dd) Konkurrenzen	388
III. Besondere strafrechtliche Verantwortlichkeit des Versammlungsleiters und des Veranstalters	388
1. § 24 VersG (Verwendung bewaffneter Ordner)	388
a) Systematik	388
b) Tatbestandsvoraussetzungen	388
aa) Täter	388
bb) Tathandlung	389
cc) Vorsatz	389
c) Rechtswidrigkeit	390
d) Konkurrenzen	390
2. § 25 VersG (Abweichende Durchführung von Versammlungen und Aufzügen)	390
a) Systematik	390
b) Tatbestandsvoraussetzungen	390
aa) Täter	390
bb) Tathandlungen	391
cc) Anmeldung	391

dd) Auflagen	392
ee) Vorsatz	393
c) Objektive Bedingung der Strafbarkeit	393
d) Konkurrenzen	393
3. § 26 VersG (Durchführung verbotener oder nicht angemeldeter Veranstaltungen)	394
a) Systematik	394
b) Tatbestandsvoraussetzungen	394
aa) Täter	394
bb) Versammlungen und Aufzüge	395
cc) Tathandlungen	395
dd) Vorsatz	396
c) Objektive Bedingung der Strafbarkeit	397
d) Konkurrenzen	397
IV. Ordnungswidrigkeiten	397
1. § 29 Abs. 1 VersG	398
a) Nr. 1	398
b) Nr. 1a	398
c) Nr. 2	398
d) Nr. 3	399
e) Nr. 4	399
f) Nr. 5	399
g) Nr. 6	399
h) Nr. 7	400
i) Nr. 8	400
2. § 29a VersG	400
V. Nebenfolgen der Tat	401
VI. Landesrechtliche Regelungen	401
1. Bayern	402
2. Niedersachsen	402
3. Sachsen	402
4. Sachsen-Anhalt	403
5. Schleswig-Holstein	403
Sachregister	405